

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5032

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5032](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5032)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

## Australiens Kohleminen: Aborigines zahlen Zeche für verpasste Energiewende und Rohstoffkonzerne in der Schweiz sahen ab

Letztes Jahr wurden weltweit 8 Milliarden Tonnen Kohle abgebaut – ein Rekord. Und das, obwohl 2021 an der Klimakonferenz in Glasgow beschlossen wurde, aus Kohle als Energiequelle auszusteigen. Eine Reportage von Public Eye aus Australien zeigt nun, wie Schweizer Konzerne die Beschlüsse von Glasgow ignorieren und neue Projekte zum Abbau der klimaschädlichen Kohle vorantreiben.

Glencore hat vergangenes Jahr 110 Millionen Tonnen Kohle gefördert. Der Anteil des Kohlegeschäfts am sagenhaften Gewinn von USD 17 Mrd. im Jahr 2022 liegt bei über 50%. Ein Teil dieser Kohle stammt aus Hail Creek, eine der umweltschädlichsten Tagebaugruben weltweit: Analysen zeigen, dass dort mehr als das Zehnfache der Menge an Methan – einem starken Treibhausgas – entweicht, als Glencore den australischen Behörden gemeldet hat. Weltweit hat der

Konzern 37 neue Kohleprojekte in Planung – darunter auch ein Megaprojekt in Australien.

Eine der grössten Kohleminen in Australien betreibt der indische Konzern Adani, der seit 2020 eine Handelsniederlassung in Genf hat. Die Carmichael-Mine befindet sich auf Gebiet, das Aborigines gehört, wegen diese seit über 500 Tagen ununterbrochen protestieren. Seit der russischen Invasion der Ukraine wird die dort geförderte Kohle auch nach Europa exportiert, mitten durch das höchst gefährdete Great Barrier Reef – ein ökologischer und logistischer Irrsinn.

Mehr Infos auf:



## Krisengewinne der Rohstoffhändler: Public Eye fordert eine Aufsichtsbehörde und Übergewinnsteuer

Die Schweizer Rohstoffhändler profitieren von den stark gestiegenen Energie- und Nahrungsmittelpreisen und erzielen historische Rekordprofite. Eine Auswertung von Public Eye zeigt, dass der Rohstoffsektor dank den Rekordprofiten inzwischen satte 8% zum Schweizer BIP beiträgt, fast so viel wie der Finanzsektor. Public Eye kritisiert, dass die Schweiz als Sitzstaat diese profitablen Konzerne mit ihrer Tiefsteuerepolitik und Regulierungsscheu systematisch anlockt, diese – im Gegensatz zum ebenso risikoreichen Finanzplatz, für den es seit 2007 die Finma gibt – aber kaum reguliert. Deshalb fordert Public Eye eine Rohstoffmarktaufsicht und eine Sondersteuer auf die krisenbedingten Übergewinne von Energie- und Rohstoffunternehmen, wie sie diverse EU-Länder bereits eingeführt haben.

Mehr Infos auf:



© Studio Fasching – Courtesy of NGO Shipbreaking Platform

## Die Genfer Reederei MSC lässt ihre alten Schiffe an Stränden abwracken

An drei Stränden in Indien, Bangladesch und Pakistan werden jährlich hunderte Schiffe, die ihr Lebensende erreicht haben, direkt am Strand abgewrackt. Das Abwracken führt zu massiver Umweltverschmutzung, weil Chemikalien, Schwermetalle, Schweröl-Rückstände und Asbest direkt ins offene Meer gelangen. Zudem sind die Arbeiter auf den Abwrackwerften massiven Gefahren für ihre Gesundheit und ihr Leben ausgesetzt. Es fehlt ihnen an Schutzausrüstung und einer medizinischer Versorgung. Für die ILO gehört die Arbeit gar zu den gefährlichsten Jobs der Welt.

Auch die Mediterranean Shipping Company (MSC) lässt seine alten Schiffe, die nicht mehr einsatzfähig sind, an diesen Stränden abwracken. Der Genfer Reedereikonzern versucht zwar, seine Verbindung zu vertuschen, indem Schiffe an Zwischenhändler verkauft werden. Die «NGO Shipbreaking Platform» konnte aber nachweisen, dass seit 2009 mindestens 80 MSC-Schiffe an südasiatischen Stränden abgewrackt wurden. Der Jahresumsatz von MSC wurde 2017 von Medien auf rund 25 Milliarden Schweizer Franken geschätzt, in den letzten Jahren dürfte er aufgrund der Covid-19-Pandemie nochmal gestiegen sein – genaue Zahlen werden vom Konzern jedoch nicht veröffentlicht. Mit der seit 2019 umgesetzten Schiffsrecycling-Verordnung hat die EU beschlossen, dass Schiffe unter EU-Flagge nur noch auf zertifizierten Werften nach einem zertifizierten Verfahren abgewrackt werden dürfen – das sog. «Beaching-Verfahren» an südasiatischen Stränden ist somit verboten. In der Schweiz fehlt eine solche Regulierung bis heute.

Mehr Infos auf:

## Impressum

Dieses Infoblatt wird von der Koalition für Konzernverantwortung publiziert und informiert über aktuelle Entwicklungen im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte. Die Koalition für Konzernverantwortung vereint über 80 Menschenrechts- und Umweltorganisationen sowie Entwicklungsorganisationen.

**KOALITION FÜR KONZERNVERANTWORTUNG**  
Monbijoustrasse 31, Postfach, 3001 Bern

031 390 93 36  
info@konzernverantwortung.ch, www.konzernverantwortung.ch

# KONZERN- VERANTWORTUNG

Infoblatt für Parlamentarier/-innen  
Frühjahrsession 2023

### INTERNATIONAL

- Aktuelle Entwicklungen in der EU
- Niederlande: Ambitioniertes Gesetz mit guten Chancen

### SCHWEIZ

- Neuer Bericht: Erhebliche Unterschiede zum EU-Recht

### HANDLUNGSBEDARF

- Australiens Kohleminen: Schweizer Rohstoffhändler profitieren auf Kosten von Aborigines
- Genfer Reederei MSC lässt alte Schiffe an Stränden abwracken
- Rekordgewinne Rohstoffhändler



## Bundesamt für Justiz über EU-Konzernverantwortungsrichtlinie: «Erhebliche Unterschiede zum geltenden Schweizer Recht»

Der Bundesrat nahm am 2. Dezember 2022 einen Bericht des Bundesamts für Justiz (BJ) zur Kenntnis, der die Differenzen zwischen der Schweizer Gesetzgebung (bundesrätlicher Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative) und einem Teil der absehbaren EU-Regulierung im Bereich Konzernverantwortung analysiert. So ist in der EU eine neue Berichterstattungs-Richtlinie (CSRD) bereits endgültig verabschiedet, eine umfassende Konzernverantwortungsrichtlinie (CSDDD) folgt voraussichtlich noch dieses Jahr (siehe Übersichtstabelle auf Seite 4). Der Bericht kommt zum Schluss:

eine Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit präsentiert. Im Falle der Inkraftsetzung und Umsetzung des künftigen EU-Rechts ergeben sich erhebliche Unterschiede zum geltenden Schweizer Recht (Anwendungsbereich, Drittstaatenregelung, Haftung, behördliche Aufsicht, Sanktionen etc.). Ob und inwiefern Anpassungsbedarf anzunehmen ist, bleibt letztlich ein politischer Entscheid.

Das BJ macht damit explizit, was spätestens seit Februar 2022 klar war, als die EU-Kommission ihren Entwurf für die europaweite Konzernverantwortungsrichtlinie (CSDDD) vorstellte: Die Schweiz steht bald im Abseits, als einziges Land in Europa ohne griffiges Konzernverantwortungsgesetz.

### Beschluss des Bundesrates

Doch obwohl die Differenzen «erheblich» sind und obwohl der Bundesrat die Konzernverantwortungsinitiative 2020 mit dem Versprechen bekämpfte, sich für eine «international abgestimmte» Lösung und «gleich lange Spiesse» für Konzerne in der EU und der Schweiz einzusetzen, spielt der Bundesrat auf Zeit. Erst bis Sommer 2024 (!) möchte er eine Vernehmlassungsvorlage zur längst beschlossenen Berichterstattungsrichtlinie ausarbeiten, bei der EU-Konzernverantwortungsrichtlinie ortet er keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf.

### Reaktionen aus dem Parlament

Das Vorgehen stösst im Parlament auf kritische Reaktionen. So fordert Mitte-Nationalrat Martin Landolt in einer Interpellation (22.4399), dass «die Vorbereitungsarbeiten für eine angepasste Schweizer Regelung heute beginnen» müssten, da die inhaltliche Stossrichtung der EU-Richtlinie bereits heute bekannt ist. Der Bundesrat riskiere mit seiner Strategie, dass das Schweizer Recht nicht rechtzeitig angepasst werden kann. Martin Landolt ortet diesbezüglich verschiedene Gefahren für die Schweizer Wirtschaft, beispielsweise, dass der Marktzugang erschwert werden könnte, solange es kein äquivalentes Schweizer Konzernverantwortungsgesetz gibt.

### Reaktion der Zivilgesellschaft

Die Koalition für Konzernverantwortung wird nicht tatenlos zuschauen, wie die Schweiz zur Umgehungsplattform für Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzungen wird und hat deshalb Ende 2022 eine Petition für ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz mit 217'509 Unterschriften eingereicht. Das Parlament hat nun die Möglichkeit, die Schweiz auf die Entwicklungen in der EU vorzubereiten und ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz auf den Weg zu bringen. Bleibt auch das Parlament untätig, wird sich rasch wieder die Frage stellen, ob eine neue nationale Volksinitiative nötig wird. Ebenfalls prüft die Koalition für Konzernverantwortung zur Zeit in den Kantonen Basel-Stadt und Genf kantonale Konzernverantwortungsinitiativen zu lancieren, um immerhin die problematischsten Konzerne, wie den Rohstoffhandel in Genf oder Syngenta in Basel, rasch zu regulieren.



Mehr Infos auf:

## Aktuelle Entwicklungen in der EU

In der EU gehen die Verhandlungen für eine EU-Konzernverantwortungsrichtlinie (CSDDD) weiterhin zügig voran. Nachdem der EU-Ministerrat im Dezember seine Verhandlungsposition beschloss (vgl. letztes Infoblatt), arbeitet zur Zeit das EU-Parlament am Gesetz. Im Januar und Februar haben sich sechs beratende Ausschüsse im Europäischen Parlament zur Vorlage positioniert, fünf davon fordern weitere Verschärfungen des Entwurfs der EU-Kommission: So fordert beispielsweise der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments, insbesondere die Klimapflichten in der geplanten «EU-Konzernverantwortungsrichtlinie» zu schärfen. Timo Wölken, der Berichterstatter des Umweltausschusses, kommentierte den Entscheid am 9. Februar wie folgt: «Kein Unternehmen soll seine besonders klimaschädlichen Aktivitäten ins außereuropäische Ausland verlagern können». Bereits Ende März wird der federführende Rechtsausschuss JURI des europäischen Parlaments entscheiden, welche Verschärfungen er dem Plenum konkret vorschlägt.

Weniger bekannt ist, dass die EU parallel zur allgemeinen Regulierungen noch an einem ganzen Bündel detaillierterer Nachhaltigkeitspflichten für Unternehmen für spezifische Problembereiche arbeitet (vgl. Übersichtstabelle). Damit sollen Produkte, die aus Zwangsarbeit stammen, zur Abholzung von Wäldern beitragen oder unter menschenunwürdigen Bedingungen geschürfte Rohstoffe enthalten, vom EU-Binnenmarkt ferngehalten werden. Anders in der Schweiz: Der Bundesrat setzt auch hier vorläufig auf «Beobachten».

Regulierung	Thema	Pflicht	Sanktionen	Stand EU	Stand CH
EU-Konzernverantwortungsrichtlinie (CSDDD)	Menschenrechte, Umwelt (inkl. Klima)	Sorgfaltsprüfungspflicht	Bussen und Haftung	im Parlament	
EU-Nachhaltigkeitsberichterstattungsrichtlinie (CSRD)	Menschenrechte, Umwelt (inkl. Klima)	Berichtspflicht	Bussen	in Kraft	Vernehmlassungsvorlage per Sommer 2024
EU-Batterieverordnung	Risiken von Batterie-Rohstoffen	Sorgfaltsprüfungspflicht	Verkaufsverbot und Bussen	kurz vor finaler Verabschiedung	
EU-Entwaldungsverordnung	Risiken von Agrarrohstoffen wie Holz, Soja, Palmöl	Sorgfaltsprüfungspflicht	Verkaufsverbot und Bussen	kurz vor finaler Verabschiedung	
EU-Zwangsarbeitsverordnung	Produkte aus Zwangsarbeit	Sorgfaltsprüfungspflicht	Verkaufsverbot und Bussen	im Parlament	



Am 1. Dezember reichte die Koalition für Konzernverantwortung 217'509 Unterschriften für ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz ein, die in nur 100 Tagen im ganzen Land gesammelt wurden. Nun ist es an der Politik, die Versprechen aus dem Abstimmungskampf zur Konzernverantwortungsinitiative einzuhalten und Konzerne «international abgestimmt» in die Verantwortung zu nehmen.

### INTERNATIONAL

## Niederländische Parteien fordern ambitioniertes Gesetz – mit guten Chancen!

Die Niederlande wollen das EU-Gesetz nicht abwarten. Am 1. November haben sechs niederländische Parteien eine überarbeitete parlamentarische Initiative eingereicht. Das daraus folgende Gesetz würde das Gesetz zur Bekämpfung der Kinderarbeit – welches Bundesrätin Karin Keller-Sutter als Vorbild für den Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative zitierte – ablösen. Die parlamentarische Initiative ist noch fortschrittlicher als die geltenden Gesetze in Frankreich, Deutschland oder Norwegen. Sie erfasst alle Unternehmen ab 250 Mitarbeitenden und setzt die internationalen Standards der UNO und OECD konsequent um. Neben Menschenrechten, Umwelt, Klima schliesst sie zudem auch

Tierschutz-Normen mit ein. Die Präventionspflicht gilt entlang der gesamten Wertschöpfungskette eines Unternehmens, Haftungsklagen werden erleichtert und eine Aufsichtsbehörde kann Bussen bis zu einer Höhe von 10% des Umsatzes verhängen. Die politischen Chancen für eine Verabschiedung vor Sommer 2023 sind intakt, zumal die Vorlage auch die Unterstützung zweier Regierungsparteien genießt (Christlichsoziale Union und Liberale D66).



Mehr Infos auf:



Foto: Thijs ter Haar